



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Montag, den 24. Oktober 1887.

Nr. 496.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate November und Dezember für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mk. 34 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 23. Oktober. Aus Baveno bringt die „N. Fr. Pr.“ einen Bericht über den Aufenthalt des Kronprinzen daselbst, wonach die über ganz Europa herrschende kalte Witterung der letzten Woche auch den Kronprinzen drei Tage aus Haus gefesselt hatte, an allen übrigen Tagen hat er seine Promenaden regelmäßig machen können. Der Kronprinz verfolgt mit besonderem Interesse Alles, was die Zeitungen über seinen Zustand bringen. Von kompetentester Seite wird den Berichtshaftern mitgeteilt, daß in Zukunft ärztliche Berichte an offizieller Stelle veröffentlicht werden sollen; der Kronprinz selbst habe die Berechtigung der darauf bezüglichen Wünsche anerkannt und sich auch nach Kenntnisaufnahme der unbedingten allarmirenden Berichte von der Zweckmäßigkeit regelmäßiger Bulletins überzeugt. Zur Feier des Geburtstages war Baveno feierlich geschmückt und heute Abend erstrahlte der Ort, so wie das gegenüberliegende Ballanza in herrlichem Lichtglanze. Bei der absoluten Windstille des Abends war die Beleuchtung der beiden Ortschaften, besonders vom See aus gesehen, von zauberhafter Wirkung. Hervorragend war die Lichtwirkung des „Grand Hotel“ in Ballanza mit seinen Dependancen. Die deutschen Kurgäste desselben hatten am Morgen des Festtages an den deutschen Kronprinzen einen sehr hübschen und mit großem Geschmack ausgeführten Blumenarrangements, der einen auf einem herrlich geschmückten Blumenstisch garnierten Lorbeerkranz darstellte, überreichen lassen. Derselbe wurde von deutschen Kronprinzen mit Vergnügen entgegengenommen und als den beim Festdiner versammelten Gästen des deutschen Kurhauses Ballanza der herzliche Dank des hohen Herrn zugleich mit der Mitteilung von dessen Wohlbedenken im Auftrage des letzteren ausgesprochen wurde, gipfelte die freudige Begeisterung der an 120 Teilnehmer zählenden Tischgesellschaft in einem jubelnden Hoch auf den zukünftigen dort deutscher Einheit und Macht und auf den zukünftigen Beschützer des Weltfriedens! Ballanza, das sich prächtig geschmückt hatte, hat an der Gegenwart des Kronprinzen in Baveno direkt keinerlei Interesse. Wenn es trotzdem diese Gelegenheit zu einer freundlichen und an und für sich einfachen Demonstration benützt hat, so können die Deutschen darin nur einen Ausdruck herzlicher Sympathie für ihr Herrscherhaus und seine Politik dankbar anerkennen.

Ueber das Befinden des Kronprinzen hat Abgeordneter Dr. Langerhans Namens des Kuratoriums und der Lehrerschaft der 10. Fortbildungsschule in Berlin in einem Dankschreiben für ein Evidenztelegramm, welches genannte Körperschaften anlässlich der Stiftungsfeier absandten, eine von Baveno den 17. Oktober datirte Nachricht erhalten. In dem von dem persönlichen Adjutanten des Kronprinzen, Rittmeister Freiherrn von Bisttinghoff unterzeichneten Schreiben heißt es der „Frei. Ztg.“ zufolge: „Auf höchsten Befehl Seiner kaiserlichen Hoheit füge ich dem Dank die Mitteilung hinzu, daß die Besserung des Gesundheitszustandes Seiner kaiserlichen Hoheit, wenn auch langsam, doch erfreulicher Weise fortschreitet, und daß die Aerzte nur deshalb auf den Winteraufenthalt im Süden gedrängt haben, um etwaige Erkältung zu vermeiden, welche einen Rückfall im Gefolge haben könnte.“

Die deutsche „St. Petersburger Zeitung“, die sich durch große Zuverlässigkeit auszeichnet, schreibt bezüglich des zwischen verlästigten Gerüchtes einer Heimreise des Zaren über Berlin das Folgende:

„Nach den Nachrichten, die wir eingezogen haben, ist das Kaiserliche Bureau wohl akkreditirt und keineswegs schwindelhaften Charakters. Andererseits glauben wir betonen zu müssen, daß

wir hier nichts haben in Erfahrung bringen können, was die Kopenhagener Meldung stütze. Nun ist aber eine Kaiserzusammenkunft eine Angelegenheit, die sich nicht improvisiren läßt, die immerhin Verhandlungen und Vorbereitungen notwendig macht, besonders wenn sie von großer politischer Bedeutung ist, wie sie in diesem Fall wäre. Wir möchten dem Gerücht gegenüber große Reserve und Vorsicht anempfehlen.“

Die hiesige „Volkstz.“ hatte durchblicken lassen, daß die früheren sozialistischen Abgeordneten Geiser und Biered wegen ihrer geschäftlichen Thätigkeit von allen Vertrauensposten in der Partei ausgeschlossen seien. Diese Mittheilung weist jetzt Herr Liebknecht selbst in folgender Zuschrift an die erwähnte Zeitung zurück:

„Gegenüber der auch in Ihrem Blatte zum Ausdruck gelangten Vermuthung, der Beschluß des sozialdemokratischen Parteitags mit Bezug auf Geiser und Biered sei durch deren geschäftliche Thätigkeit hervorgerufen worden, erachte ich es für meine Pflicht, zu erklären, daß dies durchaus irrig ist, und daß die Weigerung, sich an der Einladung zum Parteitag zu beteiligen, den alleinigen Grund abgegeben hat. Was insbesondere Geiser anbetrifft, so wäre er durch die Thatsache, daß er in Untersuchung stand und jeden Augenblick wieder in Haft genommen werden konnte, genügend entschuldigt gewesen. Er schrieb aber, auch wenn das nicht der Fall wäre, würde er dennoch weder die Einladung unterzeichnet haben, noch den Parteitag besuchen. Und dies zwang den Parteitag, auch gegen ihn vorzugehen. Die ausnahmeweise Lage, in der wir uns befinden, macht eiserne Disziplin zu einer Lebensbedingung unserer Partei. W. Liebknecht.“

Anlässlich der Veröffentlichung der Berichte der Fabrikinspektoren beschäftigten sich die „Hamburger Nachrichten“ mit der Frage, wie das ganze Institut sich bewährt habe, und führen aus:

„Die Frage muß bedeutungsvoll für alle Die erscheinen denen die Sorge um einen ausreichenden, wirksamen Arbeiterschutz am Herzen liegt. Die besten Schutzgesetze bleiben einflusslos, wenn nicht durch geeignete Organe auf eine gewissenhafte Befolgung derselben hingearbeitet wird. Auch darf nicht vergessen werden, daß der Schutz der Arbeiter in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung für den Beschäftigten eine nicht minder bedeutsame Aufgabe sein muß, als die Sorge um die Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter. Kranken- und Unfallversicherung werden sich am gedehlichsten da entwickeln können, wo für einen ausreichenden Schutz der Arbeiter gegen Betriebsunfälle und schädliche Einflüsse der Fabrikarbeit gesorgt ist. Die Bedeutung des Fabrikinspektors fällt damit von selber in die Augen, und er hat sich, wie auch der neueste Bericht wieder bestätigt, glänzend bewährt, trotz mancher ungünstigen Verhältnisse, welche einer gezielten Entwicklung des Instituts entgegen zu arbeiten schienen.“

Mit Rücksicht darauf, daß die Gewerbetätigen täglich mit den wohlhabendsten Klassen der Bevölkerung in Berührung treten, und diesen gegenüber eine selbstständige Stellung einzunehmen haben, plädiert das nationalliberale Organ für eine höhere Befolgung derselben und fährt dann fort:

„Von Seiten der Unternehmer wird den Gewerbetätigen Achtung, und was nicht minder hoch anzuschlagen ist, Vertrauen entgegengebracht. Man hat bald verlernt, in dem Aufsichtsbearbeiter den „Feind“ des industriellen Betriebes zu erblicken. Seine Wünsche und seine Rathschläge finden selbst dann Gehör, wenn sie den Fabrikanten Opfer auferlegen. Nur in vereinzelten Fällen haben die Gewerbetätigen noch über ungehöriges Benehmen der Arbeitgeber zu klagen. „Das Verhältnis zu den Arbeitgebern“, schreibt der Fabrikinspektor für die Pfalz, Unterfranken und Aichaffenburg, „ist wie bisher ein andauernd gutes, und es wird das Erscheinen des königlichen Fabrikinspektors in den meisten Fällen gern gesehen; man bringt ihm beinahe überall großes Vertrauen entgegen und sucht öfters seinen Rath auch in Angelegenheiten, die seine dienstliche Stellung nicht direkt berühren.“ Häufiger kommen noch die Versuche vor, die Ermittlung von Geschwindigkeiten durch Täuschungen zu erschweren, übrigens nicht von Seiten der Arbeitgeber allein, sondern auch der Arbeiter. Das

Letztere ist bezeichnend, ebenso wie die Thatsache, daß die Einrichtung der Gewerbetätigen, obwohl direkt im Interesse der Arbeiter gemacht, noch immer nicht den Anklang bei der Arbeiterbevölkerung findet, den man wohl hätte erwarten können. Das Benehmen der Arbeiter ist freundlicher geworden, ihre Haltung vertrauensvoller, aber im Großen und Ganzen wirkt noch immer jene frivole Verheugung und Verleumdung nach, welche die sozialdemokratische Presse auch gegen die Einrichtung der Fabrik-Inspektoren in den siebenziger Jahren in Anwendung gebracht hatte.“

Die chinesische Regierung hat sich an den Großen Generalstab um die Ueberlassung mehrerer deutscher Offiziere gewendet, die als Instruktoren und Organisatoren der chinesischen Armee Verwendung finden sollen. Als deutsche Instruktoren für die Offizier-Kriegsschule nach Tientsin sind, der „Post“ zufolge, bestimmt: Hauptmann Richter vom 1. Feld-Artillerie-Regiment als Chef, Premier-Lieutenant v. Birren vom 5. Ulanen-Regiment und Lieutenant von Auer vom 1. Infanterie-Regiment Kronprinz. Falls einer der deutschen Offiziere genügend die chinesische Sprache erlernt, so wird das Gehalt pro Monat verdoppelt; dasselbe beträgt vorerst 900—1000 Mark pro Monat. Mitte November werden genannte Offiziere die Seereise via Suez-Kanal bis Shanghai antreten, von dort erfolgt die Reise völlig auf dem Landwege bis Tientsin. Das Engagement ist vorläufig auf drei Jahre festgesetzt.

Von allen Kanzeln der Diözese ist am heutigen Sonntag der erste Hirtenbrief des neuen Fürstbischöfens von Breslau verkündet worden. An einer Stelle ist die Rede von der Befürchtung Andersgläubiger, als seien die Rechte des Staates beeinträchtigt durch die den Katholiken zurückgewährten Freiheiten und als läge darin eine Gefahr für den konfessionellen Frieden. Den Frieden — so bemerkt demgegenüber der Hirtenbrief — in seinen eigenen Grenzen zu haben, das sei doch das Grundgesetz für das Glück und die Wohlfahrt des Staats, dem noch mancher Einfluß auf das kirchliche Leben eingeräumt bleibe. Eine Gefahr für Andersgläubige enthalte die Rückgabe von Rechten an die katholische Kirche auch nicht. Die Nichtkatholiken hätten in edlem Rechtsgefühl die Fesseln lösen; — solle nun der Geist der Feindschaft und Entfremdung sich drängen zwischen die, welche noch soeben zum Frieden zusammenwirkten? Nein, wir wenigstens wollen die Kluft nicht erweitern, welche zwischen den Kindern eines Landes durch die Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses besteht, sondern alles, was andere mit Recht verletzen könnte, vermeiden. Dabei wollen wir wetteifern mit ihnen in der Ausübung der bürgerlichen Tugenden und nicht zurückbleiben, wo es gilt, unsern Antheil zum Wohl des Gemeinwessens und des Vaterlandes beizutragen. Endlich wollen wir gemeinsam arbeiten mit den Nichtkatholiken, um die Säulen, welche das Christenthum in unserm Vaterlande noch tragen, aufrecht zu erhalten gegen die allseitig heraufziehenden Gefahren.

Die Abänderung des Schiffsvermessungsverfahrens wird bei dem Reichskanzler von vollständiger Seite beantragt werden, ob jetzt mit besserem Erfolge als früher, muß abgewartet werden. Die deutschen Schiffe sollen, wie es in der Begründung des Antrags heißt, gegen die englischen insofern benachtheiligt sein, als der ermittelte Raumgehalt der letztern regelmäßig niedriger ist und die ersten bedeutend höhere Abgaben zahlen müssen. Bei dem schlechten Abverrechnungswesen und dem Umstande, daß Frankreich, Oesterreich und andere Staaten das englische Verfahren annehmen oder dasselbe doch nebenher gelten lassen, müßte auf eine Aenderung Bedacht genommen werden. Als vor drei Jahren derselbe Antrag dem Reichskanzler vorgebracht worden, war der Bescheid erfolgt, daß Verhandlungen im Gange seien und die Einleitung eines allgemein geltenden Vermessungsverfahrens sich möglicher Weise anschließen könne, doch hat bis jetzt nichts darüber verlautet.

Um in der vielerörterten Frage der Behandlung der Abzahlungs-Geschäfte eine tatsächliche Unterlage zu weitem Vorgehen zu gewinnen, läßt die bayerische Staatsregierung sich zur Zeit

Bericht erstatten über den Umfang, in welchem Abzahlungs-Geschäfte im Regierungs-Betriebe betrieben werden, über die beim Betriebe dieser Geschäfte wahrgenommenen Mängel und die gegen dieselben etwa zu ergreifenden Maßregeln. In letzterer Hinsicht wird es sich besonders darum handeln, ob Geschäfte dieser Art überhaupt zu verbieten oder für ungültig zu erklären sind, oder ob der Betrieb solcher Geschäfte nur nach erlangter Genehmigung und unter gewisser Aufsicht zu gestatten ist.

Der Versammlung der Arbeitslosen im Hydepark zu London am Donnerstag wohnten wiederum mehrere Tausende bei. Gegen Mittag begannen die Versammlungen. Der Schneider Almon hob hervor, daß die Agitation doch schon gute Früchte getragen hätte, indem sich der Lordmayor veranlaßt gesehen habe, Sammlungen zum Besten der Nothleidenden zu veranstalten. Die Arbeitslosen hätten nur nöthig, sich wie bisher in den Schranken des Gesetzes zu halten, so würden die herrschenden Klassen etwas für sie thun. In ähnlichem Sinne sprachen mehrere Redner, welche zugleich das Benehmen der Polizei am gestrigen Tage stark verurtheilten. Besonders bemerkenswerth war es, daß der Maschinist Walker, welcher als ein Führer der Bewegung zu bezeichnen ist, die Resolution beantragte, daß die Arbeitslosen das Manifest der sozialdemokratischen Föderation mit mißtrauischen Augen betrachteten und dagegen protestirten, daß die Sozialdemokraten die Nothlage der Arbeitslosen zu Parteizwecken benutzten. Der Antrag Walkers wurde indessen nicht beifällig aufgenommen. Eine aus drei Arbeitern bestehende Deputation stellte sich in Scotland Yard ein, um dem Polizeipräsidenten Sir Charles Warren mitzutheilen, daß am nächsten Sonntag eine Versammlung in Clerkenwell abgehalten würde, um gegen das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Arbeitslosen zu protestiren. Die Polizei werde gebeten, während der Versammlung nicht einzuschreiten, widrigenfalls ernste Folgen zu erwarten seien. Sir Charles Warren war nicht anwesend, jedoch wurde der Deputation versprochen, dem Polizeipräsidenten das Gesuch vorzulegen.

Die Ordenslandesgeschichten werden nunmehr in kürzester Frist die Pariser Gerichte beschäftigen. Die Limouzin hat vor dem Untersuchungsrichter ausgesagt, Caffarel habe mit ihren Geschäften nichts zu schaffen gehabt, sie habe sich seines Namens ohne sein Wissen bedient. Trotzdem ist dieser vor das Justizpolizeigericht verwiesen worden; die Anklage wird auf Betrug und versuchten Betrug lauten. Bereits am Montag werden zwei von den Ordenshändlern vor Gericht erscheinen. Collu und Martin hatten dem Goldschmied Bertrand die Ehrenlegion für 45,000 Franks angeboten; sie wurden auf dessen Anzeige verhaftet, und ihre Aussage leitete die Polizei zuerst auf die Spur der Limouzin. — Frau Limouzin gehört zu jenen in den Großstädten häufigen Personen, welche an alle Thüren klopfen und alle Kniffe gebrauchen, um sich Geld zu verschaffen. So nahm sie einem Fabrikanten Michel 2000 Franks auf Abschlag ab, um die Einführung der von ihm erfundenen „hygienischen Schüssel“ im Heere zu erwirken. Sie hatte eine Gesamtforderung von 20,000 Franks gestellt, für welche sie die Sache durchsetzen wollte. Dafür hat sie einige fruchtlose Briefe an Minister und Generale geschrieben, um bei denselben Audienz nachzusuchen. Michel hat denn auch bald eingesehen, daß die Frau keinen Einfluß besitzt; aber seine 2000 Franks hat er nie wieder erhalten. Während die Blätter anfangs von Hunderttausenden sprachen, welche die Limouzin durch ihre Geschäfte verdient haben sollte, ist es jetzt festgestellt, daß sie nur hin und wieder einige Tausend Franken zu erschwindeln vermochte und stets von Gläubigern verfolgt war. Ansehend gravirender sind die Ergebnisse der Untersuchung gegen die Rattazzi und deren Helfershelfer. In diese Affaire sollen wirklich, wie man behauptet, Andlau und Wilson verwickelt sein.

General Boulanger soll nach der Behauptung der ihm gegnerisch gesinnten Blätter und Personen seine Ruhe dazu benutzen, um gegen den Kriegsminister Ferron Zeitungsartikel zu schreiben und gleichzeitig seine eigenen Verdienste ins Licht zu setzen. Höchst beachtenswerth ist in dieser Hinsicht ein längerer Aufsatz in der

befreundeten „Lanterne“, den man ihm zuschreibt, betitelt „An der Grenze“, worin zuerst das Konzentrationprojekt, welches General Ferron vor zwei Jahren als Unterchef des großen Generalstabes (Vorgänger Cassar's) ausgearbeitet hatte, die schärfste Beurteilung erfährt und sodann alle Maßregeln aufgeführt werden, welche der Minister Boulanger im Winter 1886—1887 getroffen hatte, um nicht allein die Ostgrenze wirksam zu schützen, sondern auch jeden Augenblick „die Ergreifung der Offensive“ zu ermöglichen. Dieser Artikel der „Lanterne“ hat, wie der Pariser Korrespondent der „Nat.-Zig.“ hervorhebt, jedenfalls eine gewisse Tragweite, da in demselben Alles das zugestanden wird, was zu Anfang dieses Jahres von deutscher Seite behauptet und in Paris unvershoren als Erfindung und Verleumdung bezeichnet wurde. Um nur Eines zu erwähnen, rühmt sich General Boulanger (oder was dasselbe ist, die „Lanterne“), daß er schon damals den schleunigen Bau der Baraden angeordnet habe, um darin die „troupe permanente de couverture“ unterzubringen; ehe noch das projektirte Gesetz votirt war, welches ihm diese neuen Truppen verschaffen sollte. Und da angeht die drohende Gefahr es nicht möglich war, die neuen Truppenbildungen abzuwarten, habe General Boulanger eine gewisse Anzahl von Brigaden marschfertig machen lassen, welche dazu bestimmt waren, die avancirten Stellungen zu besetzen. Die Bereitschaft dieser Brigaden sei zur Zeit der Affaire Schnäbele so weit vorgerückt gewesen, daß sie 24 Stunden nach einem Telegramm ihre Positionen eingenommen haben würden, während ihr Kommandeur und dessen Generalstab bereits an Ort und Stelle waren. So wird, wie gesagt, Alles bestätigt, was die deutsche Presse im Frühjahr über die Anordnungen und die den Frieden bedrohenden Pläne des Kriegsministeriums Boulanger behauptet hatte, und das soll hiermit ohne jeden weiteren Kommentar konstatiert werden.

Ungarn.

Wien, 22. Oktober. Der Ausschuss für den Gesetzentwurf betreffend die Börsensteuer beschloß einstimmig, in die Spezialdebatte des Gesetzentwurfs einzugehen. Der Vertreter der Regierung, Hofrath Schiari, erklärte, betreffs der mit dem Entwurfe verbundenen Resolution werde sich die Regierung mit der ungarischen Regierung ins Einvernehmen setzen.

Paris, 22. Oktober. Wie aus Saigon gemeldet wird, ist der Gouverneur von Cochinchina, Filippini, heute gestorben.

Der bisherige französische Gesandte in China, Conrains, hat heute seine Rückreise nach Frankreich angetreten.

Christiania, 20. Oktober. König Oskar ist mit den drei norwegischen Mitgliedern der Stockholmer Staatsrats-Abtheilung vorgestern hier angekommen. Nach wiederholten Verhandlungen ist heute ein Ausgleich zu Stande gekommen; alle Minister bleiben. König Oskar hatte zwischen zweien Uebeln zu entscheiden: entweder die Zusammensetzung des Ministeriums von der Mehrheit des Stortings, das ja erst im Februar wieder zusammentritt, oder von den Vereinen und der Presse der radikalen Demokratie abhängig zu machen, von welchen letztern die Krise herbeigeführt ist. Die Entscheidung konnte dem König nicht schwer werden, zumal die Mehrheit der Minister, die sechs, welche für das Verlangen der Radikalen eintraten, sich hierbei auf die Anforderungen des Parlamentarismus stützten. Das Storting als solches hat weder dem jetzigen Ministerium, noch insbesondere Jakob Sverdrup bisher ein formelles Mißtrauensvotum wegen der Kirchenreform-Angelegenheit erteilt, und wenn den parlamentarischen Gebräuchen entsprechend wegen dieser Angelegenheit ein Mitglied des Ministeriums geopfert werden müßte, so wäre es doch in erster Linie das Mitglied, welches die Sache im Parlament vertreten hat, also der Kultusminister Blir. König Oskar hat somit entschieden parlamentarisch gehandelt, als die Vertreter des Parlamentarismus im Ministerium, wenn seine Entscheidung dahin ging, das Storting über den Zwiespalt im Ministerium bestimmen zu lassen. Einer derartigen vorläufigen Regelung der Angelegenheit konnten am allerwenigsten diejenigen Minister widerstreben, welche die Fahne des Parlamentarismus hoch zu halten vorgeben.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 24. Oktober. Die den Fabrik-Inspektoren zur Beantwortung gestellte Frage, welche Einrichtungen von den Arbeitgebern oder unter ihrer Mitwirkung getroffen seien, um die Ausbildung der jugendlichen Arbeiterinnen für den Hausfrauenberuf zu fördern, ist im Allgemeinen in dem Bericht der Fabrik-Inspektoren dahin beantwortet, daß selbst bei sonst überaus wohlwollenden Arbeitgebern häufig keine besondere Neigung für derartige Einrichtungen zu finden ist, weil in Arbeiterkreisen selbst geringes Verständnis für dieselben vorhanden sei und vielfach der Verdacht vorherrsche, es geschehe alles Dies nur zum Vortheil der Fabrikanten selbst. In einzelnen Bezirken sind die Aufsichts-Beamten mehrfach mit Erfolg bemüht gewesen, neue Versuche seitens der Fabrikanten in Anregung zu bringen. Es liegen Berichte über verschiedene derartige Einrichtungen vor aus Posen, Breslau-Liegnitz, Magdeburg, Hesse-Nassau, Arnberg, Düsseldorf, Trier-Nahe, Ober-Baiern, Schwaben und Neuburg, Zwickau, Leipzig, Barmen, Metzen, Württemberg,

Hessen, Meiningen, Saalfeld und Sachsen-Altenburg. Besonders zu erwähnen sind die Industriehäuser der Gute-Hoffnungshütte zu Oberhausen und die umfangreichen Einrichtungen der Firma Krupp in Essen. Die Industriehäuser derselben in Nordhof und Kronenberg werden von 624 resp. 690 Kindern besucht. In der von 128 Personen besuchten Frauenarbeiterschule zu Essen wird Fabrikangehörigen das Unterrichtsgeld ganz oder theilweise erlassen. Bemerkenswerth ist, daß auch Töchter vermöglicher Eltern den Unterricht aufsuchen. Die Firma David Peters u. Co. in Neuviges bemüht sich um die häusliche Ausbildung von Arbeiterstöckern, namentlich aber Fabrikarbeiterinnen. Es werden unterhalten eine Handarbeiterschule für schulpflichtige Mädchen, eine Schule mit Handarbeits-Unterricht für Fabrikarbeiterinnen und Arbeiterstöcker und eine Koch- und Haushaltungsschule für erwachsene Fabrikarbeiterinnen und Arbeiterstöcker. Die Näh- und Handarbeitschule in M. Gladbach, welche auch durch anderweitige praktische Vorkurs-Einrichtungen bekannt ist, dient lediglich den Arbeiterinnen der Fabrik zur Ausbildung; zur Theilnahme am Unterricht sind sämtliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren verpflichtet, während den älteren Mädchen die Theilnahme freisteht. Die Rammgarnspinnerei der Firma J. Wülfig u. Sohn in Kenney unterhält eine Näh- und Tischschule, daneben besteht eine Sonntagsschule für Knaben und Mädchen, ferner wird im „Arbeiterheim“ der Firma allabendlich Unterricht in weiblichen Handarbeiten erteilt; eine Kochschule ist im Entstehen begriffen. Außer diesem lediglich von Arbeitgebern errichteten und unterhaltenen Anstalten zur Hebung der Hausfrauentüchtigkeit der künftigen Arbeiterfrauen besteht noch eine Reihe von ähnlich gearteten Unternehmungen, welche nicht von Arbeitgebern allein, sondern von Vereinen, denen wohlmeinende Personen jeden Standes und beider Geschlechter angehören, in's Leben gerufen sind.

Ueber die Arbeiter im Allgemeinen verbreitet sich der Bericht ausführlich und konstatiert, daß die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter eine Zunahme aufzuweisen hat. Die Löhne erhielten sich im Großen und Ganzen auf ihrer bisherigen Höhe, erfuhren auch manchmal eine nicht unbedeutende Steigerung. Herabsetzungen des Lohnes haben nur vereinzelt und dann auch unwesentlich dem Betrage nach stattgefunden. Wohl aber erlitten Arbeiter mehrfach dadurch eine Schädigung ihres bisherigen Jahresverdienstes, daß einzelne Betriebe in Folge ungünstiger Konjunkturen veranlaßt waren, entweder die Arbeitszeit zu kürzen, namentlich von Ueberstunden und Nacharbeit abzugeben, oder den Betrieb auch zeitweise einzustellen. So wurde namentlich in Rübenzuckerfabriken die Kampagne manchmal auf die halbe Zeit reduziert. Es wird übrigens die auf Arbeitsvermittlung gerichtete Thätigkeit der Natural-Verpflegung-Stationen mehrfach lobend anerkannt.

Andererseits wird in größerem Umfange von Lohnerhöhungen berichtet, so aus Potsdam-Frankfurt a. O. im Allgemeinen und von einzelnen Industriezweigen aus Köln-Koblenz, Zwickau-Meißen, dem Schwarzwalddreis, Sonneberg-Hildburghausen, Meissen-Schwerin und Reuß i. L. Im Allgemeinen werden die Löhne meist als angemessen oder als gut und ausreichend bezeichnet, besonders hoch waren dieselben in einzelnen stark beschäftigten Industriezweigen, sowie für geschickte Arbeiter. Hierfür werden mehrere tatsächliche Beispiele angeführt und darauf hingewiesen, daß Fabrikarbeit besser bezahlt werde und auch gesunder sei, als Hausindustrie.

Die Auszahlung der Löhne erfolgt in der Regel wöchentlich am Sonnabend, auf den Werktagen des „Nullan“ in Stettin alle 14 Tage, in einzelnen Fabriken am Freitag, worüber gute und schlechte Erfahrungen vorliegen. Verstöße gegen § 115 der Gewerbeordnung, wonach die Löhne in Baar zu zahlen sind, kamen nur in vereinzelt Fällen vor. Dagegen ist Vertragsbruch und Verlassen der Arbeit ohne Kündigung noch häufig zu konstatiren, so daß in manchen Bezirken von Aufstellung von Kündigungsfristen ganz abgesehen wird. Gewerbliche Schiedsgerichte sind im Laufe des Berichtsjahres in Offenbach und Greiz in segensreiche Wirksamkeit getreten; in Stuttgart ist ein solches im Anfang 1887 gegründet worden.

Die Arbeitseinstellungen im Berichtsjahre beschränkten sich theils auf einzelne Betriebe, theils nahmen sie einen größeren Umfang an, waren aber in beiden Fällen nur selten von Erfolg für die Strikenden begleitet, endigten vielmehr mancherorts mit zahlreichen Entlassungen, in einzelnen Fällen mit gerichtlichen Bestrafungen wegen gewaltthamer Beeinträchtigung der Arbeiter oder sonstiger Ausschreitungen. Die Forderungen der Arbeiter bestanden zumeist in dem Verlangen nach höherem Lohn, kürzerer Arbeitszeit oder in der Beibehaltung des bisherigen Lohnsystems und dem Ausschluß der Akkordarbeit. In mehreren Fällen kam eine gütliche Einigung zu Stande. Die auf fremde Aufreißung zurückzuführenden Arbeitseinstellungen zeichneten sich dadurch aus, daß die Arbeiter auch in solchen Fällen zu diesem Mittel gegriffen haben, in welchen nachweislich die Löhne nicht nur ausreichend, sondern geradezu hohe gewesen sind oder in welchen die von ihnen gestellten Forderungen nicht nur keine Erhöhung, sondern vielmehr eine Schwächung des bisherigen Jahresarbeitverdienstes zur Folge hatten.

In dem Saale der Bürger-Resourse feierte am Sonnabend Abend der Verein chema-

liger Kameraden des Garde-Korps sein 4. Stiftungsfest und verließ das Fest in echt patriotischer Weise, die Mitglieder waren mit ihren Familien und Freunden sehr zahlreich erschienen, aber auch die Ehrengäste hatten sich in großer Zahl eingefunden, so war das Offizierskorps stark vertreten, wir bemerkten u. A. den Brigade-Kommandeur, Herrn Oberst v. Albedyll und Herrn Oberst Bauer, auch Herr Polizei-Präsident v. Müffling war in der Uniform des 3. Garde-Regiments anwesend. Die Konzert-Musik wurde von der hiesigen Artillerie-Kapelle ausgeführt und wechselte mit Gesangsvorträgen des Stettiner Quartetts ab. Im zweiten Theil wurde ein schwungvoller Prolog gesprochen, nach welchem der Vorsitzende des Vereins, Herr Gubbe, die Rednertribüne betrat und die Festrede hielt; er schilderte die Entstehung und erfreuliche Entwicklung des Vereins, ermahnte die Kameraden zu steter Treue zu Kaiser und Reich und schloß mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser. Ein gemeinschaftliches Mahl vereinigte sodann die Anwesenden, bei dem es an patriotischen Ansprachen nicht fehlte und fand besonders ein nach längerer Rede ausgebrachtes Hoch auf Se. kaiserliche Hoheit den Kronprinzen stürmischen Beifall. Den Schluß des schönen Festes machte ein gemüthlicher Ball, der die Anwesenden bis zur Morgenstunde vereinte hielt.

Eine ältere Dame, welche bereits seit längerer Zeit an Verfolgungswahn leidet, stürzte sich gestern Abend aus dem Fenster ihrer Lindenstraße 27, 4 Treppen hoch gelegenen Wohnung in den Hof hinab; der Tod trat sofort ein.

Auf Beschluß der Anwaltskammer am 22. d. M. ist der Rechtsanwalt Schlie hier selbst aus der Liste der Rechtsanwälte gestrichen.

Von der hiesigen Kriminalpolizei wurde vor einigen Tagen eine größere Anzahl schwerer Silberfachen mit Beschlag belegt, wie jetzt ermittelt, rühren dieselben von dem großen in der Nacht vom 22. zum 23. September 1885 bei Herrn Baron v. Sobel auf Trebenow ausgeführten Silberdiebstahl her.

Ein 7 Jahre alter Knabe fiel gestern Nachmittag in der Nähe des Bahnhofs vor einem Straßenbahnwagen und wurde von dem Pferde derart getreten, daß ein Schenkelbruch erfolgte; der verletzte Knabe fand im Kinderhospital Aufnahme.

Als der Nachtwächter Frenk gestern Abend gegen 11 Uhr die große Wollweberstraße abpatrouillirte, traf er den Schlächtergesellen Seher, welcher vor einem Hause großen Stalbmachtete. Frenk wies denselben zur Ruhe, Seher gab jedoch keine Folge, sondern widersetzte sich und biß denselben in die Hand.

Leser und Literaten.

Eine Fülle guter belletristischer Lektüre bietet die „Deutsche Romanbibliothek“ (Stuttgart, deutsche Verlags-Anstalt) in ihrem sechsten beendeten fünfzehnten Jahrgang. Derselbe bietet 12 fesselnde Romane der bedeutendsten Schriftsteller mit höchst mannigfachen Bildern. Besonders farbenreich gestalten sich diese wechselvollen Bilder dadurch, daß sie uns bald in die Kreise des hohem Adels, bald in die schlichten, markigen Bürgerthum, bald in die einfachen, aber an wahrhaft dramatischem Leben keineswegs armen Schichten der unteren Volksklassen einführen. Zu diesen zwölf Romanen gestellt der Jahrgang noch weitere feuilletonistische Gaben und das Alles für 8 Mark, so daß wir diese Bibliothek warm empfehlen können. [310]

Vermisste Nachrichten.

Ein berühmter, noch heute lebender Musiker und Komponist, der bei aller Herzengüte, vielleicht in Folge nervöser Ueberreiztheit, ein nicht eben im Ruße großer Lebenswürdigkeit stehender Gatte ist, ging nach dem Tode seiner ersten Gattin eine zweite Ehe ein. Auf Absonderlichkeiten muß man gefaßt sein, wenn man einem Gentleman die Hand zum Bindniß reicht und da dem genialen Mann auch vor dem Tode bangt, wunderte es die junge Frau gar nicht sonderlich, als er ihr das Versprechen abnahm, daß sie sich, falls er vor ihr sterben sollte, den Tod geben müsse. Die Gattin gab ihm, so erzählt die „N. Mus.-Z.“, feierlich die Hand und gelobte zu thun, wie er begehre. Wenige Jahre später lenkte der Zufall zwischen dem Beiden das Gespräch auf Testamentsangelegenheiten und der Musiker brachte nun sein natürlich längst vorbereitetes Testament ans Tageslicht, welches eine große Ueberraschung für die kleine Frau enthielt, die sich inzwischen daran gewöhnt hatte, daß — jodelt Musik es auch um sie gab — ihr Ehestimm nicht voll Geigen hing. Aber die Entdeckung war denn doch zu wunderbar: der Sonderling hatte über sein ganzes sehr beträchtliches Vermögen zu Gunsten wohlthätiger Anstalten leihwillig verfügt. „Von mir steht ja keine Silbe in dem Testament!“ sagte die junge Frau, das Papier noch einmal überfliegend. „Ich muß Dich leider an Dein eidlisches Gelöbniß erinnern“, erwiderte der Komponist mit strenger Betonung, „Du weißt, was wir für den Fall meines Todes verabredet haben, Du würdest mich nicht lange überleben, was würde Dir ein Vermögen nützen? Du weißt, daß Du mir versprochen hast, Dich an meinem Sarge zu erschließen.“ — „Ja, ja“, antwortete die Gattin gefanvoll, „das ist ja wahr, aber sieh mal, Liebster, wie ist's denn, wenn ich nun daneben schieße?“ Der leineswegs erfundenen Geschichte ist nur noch hinzuzufügen, daß diejenige, die diesen artigen Beweis

von weiblicher Vorsicht gegeben, aufgehört hat, die Gattin jenes Künstlers zu sein, daß mithin das schreckliche Gelöbniß seine bindende Kraft verloren hat.

In der Affaire Zietzen ist das Wieder- aufnahme-Verfahren, wie die „St. Z.“ erfahren haben will, nunmehr beschlossene Sache.

(Diensthöflich.) An welcher Krankheit befehlen Herr Regimentsarzt, daß der Befreite Müller gestorben ist?

Bankwesen.

Posener 4prozentige Rentenbriefe. Die nächste Ziehung findet Mitte November statt. Wegen den Kursverlust von ca. 4 1/2 pCt. bei der Auslosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Französische Straße 13, die Versicherung für eine Prämie von 10 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur W. Siebers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 23. Oktober. Der Provinzial- landtag ist durch den Oberpräsidenten von Seydewitz eröffnet worden.

Wien, 23. Oktober. Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Tschechen betreffs des Mittelschul-Erlasses sind noch immer in der Schwebel.

Die entscheidende Besprechung Laaffes mit den Tschechenführern wird erst morgen stattfinden. Der „Pester Lloyd“ verzeichnet eine St. Petersburger Meldung, der zufolge die Gerüchte über den Zarenbesuch am deutschen Hofe von der chauvinistischen Partei in Rußland ausgingen und den Zweck verfolgten, in der russischen Presse einen Sturm gegen Deutschland zu provoziren.

Wien, 23. Oktober. Das Verhältnis Rumänien zum deutsch-österreichischen Bund läuft binnen Kurzem ab; die Erneuerung desselben ist gesichert, es sind nur noch die Einzelheiten festzustellen. Dazu wird entweder Brattano oder Sturdza Wien und Berlin bald besuchen.

Wien, 23. Oktober. Morgen soll zwischen dem Grafen Laaffe und den Tschechenführern die entscheidende Besprechung über die innere Krise stattfinden.

Der Etatsvoranschlag des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza wird von den Blättern freundlich beurtheilt. In Budapest machte derselbe einen günstigen Eindruck, selbst die oppositionellen Kreise erkennen die Klarheit und Ehrlichkeit des Voranschlages an.

Briissel, 23. Oktober. Der Unterrichtsminister (gleich Minister des Innern) Thonissen überreichte gestern Abend dem König sein Entlassungsgesuch; derselbe weigerte sich, neuerdings die Aushebung verschiedener Schulen zu verfügen, und wurde deshalb zum Rücktritt gezwungen. Der bisherige Justizminister Devolder soll das Portefeuille des Innern übernehmen. Desobeler, Deputirter von Mos, dürfte Justiz-Minister werden.

Paris, 23. Oktober. Die Suez-Kanal-Konvention ist zwischen England und Frankreich abgeschlossen und wird Montag unterzeichnet werden. Derselbe lautet folgendermaßen: „Der Suezkanal wird für neutral erklärt und die Neutralität durch die Signatarmächte des Londoner Vertrages garantiert. Die Neutralität wird auf den Süßwasserkanal, auf alle Arbeiten der Kompagnie und auf alle Zugangshäfen ausgedehnt. Der Kanal darf von keiner Macht, auch nicht von der Türkei, blockirt werden. Eine aus den diplomatischen Agenten der Mächte in Kairo bestehende Kommission wacht unter dem Präsidium des Doyens des diplomatischen Korps über die Respektirung der Neutralität. Die Kommission tritt mindestens einmal im Jahre und nach Bedarf öfter zusammen. Sie legt an beiden Ufern des Kanals eine Zone fest, in welche keine bewaffnete Macht eindringen, noch Festungswerke aufgeführt werden dürfen. Erforderlichen Falls hat sie das Recht, Truppen des Rheides, wenn solche nicht zugegen sind, Truppen der Türkei oder jüngerer Mächte und erst an letzter Stelle Truppen der Signatarmächte des Londoner Vertrages zu requiriren. Dieser letzte Artikel, den Frankreich nur mit Schwierigkeit von England zugestanden erhalten hat, proklamirt die Unabhängigkeit des Rheides, erkennt die Rechte des Sultans an und behandelt alle Mächte auf dem Fuß vollkommener Gleichheit.

Auch das Abkommen mit England über die Neuen Hebriden wird morgen unterzeichnet; dadurch wird eine bemerkenswerthe Verbesserung der englisch-französischen Beziehungen herbeigeführt werden.

Paris, 23. Oktober. Clemenceau's Rede in Toulon hat der Erwartung, welche die Radikalen von ihrem Erfolg hegten, nicht entsprochen. Seine Angriffe auf Rouvier und die Regierung sind alte bekannte Wiederholungen, seine positiven Programmvor schläge dagegen gleich null. Die ganze Rede enthält meistens heftige Ausfälle, Banaalitäten und Allgemeinplätze. Clemenceau wurde übrigens von der Wählerversammlung direkt ausgepfiffen.

Konstantinopel, 22. Oktober. Der russische Botschafter Melidow hatte heute eine Audienz beim Sultan.

Stockholm, 23. Oktober. Hier läuft das bestimmt auftretende Gerücht um, der Zar erwarte zu seiner Abreise aus Kopenhagen den russischen Kron dampfer „Csarewna“, welcher gestern hier vor Anker ging und morgen schon weiter dampft.

